

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Blich, Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Gesellschaftliche in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Wm. Weig), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restametzell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 156

Sonnabend, den 31. Dezember 1932

45. Jahrgang



## Nachfülle des Reichspräsidenten

Ein Aufsatz des Reichsgerichtspräsidenten R. Dr. W. Simons.

Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons beschäftigt sich in einer Juristenzeitung mit dem seit geraumer Zeit hervorgetretenen Wandel in der Stellung des Reichspräsidenten. Aus dem „Hüter der Verfassung“, als der er neuerdings gerne bezeichnet werde, sei er zum Reformator der Verfassung geworden. Man brauche nur den Schriftwechsel zwischen Hitler und dem Staatsleiter Dr. Brüning aufmerksam zu lesen, um die Richtung zu erkennen, in der die Präsidialgewalt des Reichs sich heute von der Weimarer Konstitution zu entfernen irre.

Dr. Simons weist eingehend nach, daß der Einfluß des Parlaments auf die Regierung in der Praxis die verfassungsmäßigen Grenzen weit überschritten habe und daß eine Rückkehr zu den Grundföhen der geltenden Verfassung nötig ist. Die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament habe sich nun in den letzten 13 Jahren als das größte Hindernis einer stetigen und kraftvollen Reichspolitik herausgestellt.

Dr. Simons sät seine Vorschläge für die Reform der Stellung des Reichspräsidenten in der Verfassung folgendenmaßen zusammen: Abschaffung des Artikels 41; reichsrechtliche Klarstellung der Tragweite des Artikels 48; Hebung des Reichsrats auf eine gleichberechtigten gesetzgebenden Körperlichkeit; Verbindung der Stelle des Reichspräsidenten mit der eines preußischen Staatspräsidenten.

## Die Durcharfung der Arbeitsbeschaffung

Unterredung mit Dr. Gerede.

Der Reichsminister für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerede, äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter eines Nachrichtenbüros über die Arbeitsbeschaffung. Dr. Gerede verweist dabei auf die vielen Anfragen, die täglich in seinem Büro eingingen, und die die Arbeiter nun lähmen. Zunächst seien Vorfällen zu klären. Bis das geklärt sei, würden die Richtlinien bekannt sein, nach denen das weitere Verfahren durchgeführt werden würde. Bekannt sei daß das Sofortprogramm zunächst 500 Millionen RM umfasse.

Für ihre Vergeltung gelte, daß an Private keine Kredite gegeben werden sollen, handle es sich doch um eine Arbeitsbeschaffung durch die Ökonomie der öffentlichen Hand. Die Mittelzuteilung an die private Wirtschaft erfolge zu vollem Tariflohn für den Arbeiter und zu gutem Preis für die Unternehmer. Ein besonderer Vorteil bestesse in der Barbeschaffung und, wo irgend möglich und notwendig, auch in den entsprechenden Anschaffungen.

Als besondere Bedingung erwähnte Dr. Gerede, daß Ueberfreitungen des Vorkaufslags vom Unternehmer selbst getragen werden müssen; Nachbereitungen sind also ausgeschlossen.

## Reichsbürgerschaft für Hausbesitzer-Kredite

Berlin, 29. Dezember.

Am dem Hauseßich die Aufbringung der notwendigen eigenen Mittel zu erleichtern, die erforderlich sind, wenn Reichsbürgerschaft für Inhabungsarbeiten an Wohnhäusern und für die Zeltung von Wohnungen beantragt werden, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen getroffen. Die Deutsche Bau- und Bodenbank-Berlin hat sich bereit erklärt, Kredit auf der Grundlage der dem Hauseßich zulehrenden Steuerzettel für die Grundsteuer zu geben, soweit die Steuerzettel am 1. April 1934 und am 1. April 1935 fällig werden. Zur Durchführung der Kreditaktion hat der Reichsminister für Finanzangelegenheiten mit dem Reichsminister der Finanzen Anträge von größeren Kreditinstituten auf Uebernahme der Reichsbürgerschaft entworfen.

Der Kredit wird dem Hauseßich unmittelbar durch geeignete örtliche Kreditinstitute gegeben werden, die insofern mit der Bau- und Bodenbank zusammenarbeiten. Daneben ist die bereits vor einigen Monaten eingeleitete Kreditbeschaffung auf der Grundlage von Inhabungsarbeiten in der Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Anträge von größeren Kreditinstituten auf Uebernahme der Reichsbürgerschaft entworfen hat.

## ORPD zur deutschen Handelspolitik

In der letzten Vorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei wurden die Forderungen, die die Partei auf dem Gebiete der Handelspolitik erhebt, etwa wie folgt zusammengefaßt: Deutschland ist, um seine gewollten Auslandsverhältnisse von über zwanzig Milliarden Mark abzahlen zu können, gezwungen, einen Ausfuhrüberschuß herauszuwirtschaften. Die durch den Export erworbenen Devisen müssen in erster Linie zur Deckung der notwendigen Rohstoffeinfuhr für die Industrie Verwendung finden. Erst in zweiter Linie können die nicht notwendigen Einfuhrbedürfnisse befriedigt werden. Die Katastrophe der deutschen Landwirtschaft verlangt gebieterisch eine Befreiung der Einfuhr solcher Lebensmittel, die Deutschland selbst erzeugen kann. Die mengenmäßige Regelung der Einfuhr aus den einzelnen Bezugsländern ist das einzige Mittel, das zur Zeit wirkliche Rettungsmaßnahmen bietet. Diese Kontingenzierungsmaßnahme ist auch, die einzelnen Länder in dem Maße verbunden zu behandeln, das ihrer Bedeutung als Kunden Deutschlands entspricht.

Nach Regelung des Außenhandels aber bleibt unvollkommen, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht durch ein Schuldensystem der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt wird.

## Das Zusatzabkommen mit Paris

Die deutsch-französischen Handelsvereinbarungen.

Berlin, 30. Dezember.

Von zuständiger Stelle wird zu den im Auswärtigen Amt unterzeichneten neuen deutsch-französischen Handelsvereinbarungen über das Zusatzabkommen zum Hanoververtrag, das im Mittelpunkt der Vereinbarungen steht, mitgeteilt:

Die ersten vier Artikel dieses Abkommens regeln die Frage der Meißbegünstigung. Praktisch ist die gegenseitige Meißbegünstigung voll aufrecht erhalten worden.

Die gegenseitig meistbegünstigten Waren sind in zwei Listen enthalten, die dem Abkommen beigefügt sind. Es ist vereinbart worden, daß die beiden politischen Listen auch später noch auf Wunsch eines der Vertragspartner ergänzt werden können.

Der wichtigste Artikel des Abkommens ist dann der Artikel fünf, der die Bestimmungen über die Auflockerung der Tarifanlagen des Handelsvertrages enthält.

Die neue Regelung ist so, daß zwar die Listen des alten Abkommens aufrecht erhalten bleiben und keine Änderung der Sätze festgelegt ist, aber jedem Vertragspartei ist jetzt die Möglichkeit gegeben, einzelne oder mehrere Positionen mit vierzehntägiger Frist aufzufordern. Diese Aufkündigung darf jedoch nicht willkürlich erfolgen, sondern es ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß der betroffene Vertragspartei Verhandlungen beantragen kann, wenn er glaubt, daß durch die Kündigungen das Gleichgewicht verschoben werden ist. Bei diesen Verhandlungen sollen dann auch die Gegenmaßnahmen des betroffenen Vertragspartei erörtert werden.

Im Artikel sechs des Zusatzabkommens sind die Bestimmungen von der Meißbegünstigung neu geregelt.

Der Artikel enthält außer den alten Bestimmungen über den sogenannten Kleinen Grenzverkehr auch eine Währungs-schutzklausel, wonach bei einer Verschiebung der Währung des einen Teils gegenüber dem anderen Teils ein Maß als zehn Prozent Vollwertschlag erhoben werden können. Ferner enthält der Artikel sechs Bestimmungen über die Beugnahme auf die Abmachungen der Konferenz von Stresa, denen zufolge die auf dieser Konferenz vereinbarten Zollvergünstigungen nicht ohne weiteres auf die Vertragspartner Anwendung finden. Artikel sieben regelt die Frage der Währungsänderung, und Artikel acht legt die Gleichstellung der Ursprungszeugnisse der Handelskammern mit denen der Landwirtschaftskammern fest. In dem deutsch-französischen Notenwechsel bezüglich der

wirtschaftlichen Regelung im Saargebiet wurde ein deutsches Ausfuhrkontingent von hundert Tonnen Zinkoxide festgelegt. Schließlich wurde noch ein sogenanntes Devisenabkommen unterzeichnet, das den üblichen Inhalt über die Regelung der Waren der Vertragspartner hat und nach dem Mutter des deutsch-schwedischen Devisenabkommens gefaßt ist.

## Frankreich befriedigt

Der Abschluß des Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Handelsvertrag wird in Paris mit Beugungung

begrüßt. Havas hebt die günstigen Ergebnisse hervor, die erzielt wurden, und erklärt, man habe eine Atmosphäre guten Einvernehmens auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen den beiden Völkern geschaffen. Der offizielle „Petit Parisien“ schreibt, daß die neue Regelung Frankreich einen realen Nutzen bringe. Die französische Wirtschaft müße vom Wert des Handelsministers befriedigt sein. „Eclair“ spricht von einer gerechten und vernünftigen Basis des neuen Abkommens, das im wesentlichen den französischen Forderungen Rechnung trage. „Echo de Paris“ ist etwas zurückhaltender, will aber einen gewissen Fortschritt nicht in Abrede stellen.

## Senat und Fünfmilliardenforderung

Im französischen Senat wurde die Forderung der Regierung auf Ausgabe neuer Schatzbons in Höhe von fünf Milliarden Franc diskutiert. In der Presse und in parlamentarischen Kreisen wird erörtert, ob die Regierung in dieser Senatsitzung auf derartige Schwierigkeiten stoßen könnte, daß ihr Bestand gefährdet sei.

Als Grund für derartige Befürchtungen wird der Beschluß des Finanzsausschusses des Senats angesehen, wonach neue Schatzbons nicht — wie gefordert — in Höhe von fünf sondern nur von drei Milliarden zugelassen werden sollen.

Finanzminister Chéron hat bereits angekündigt, daß die Regierung wegen der Bewilligung von fünf Milliarden die Vertrauensfrage stellen werde. In parlamentarischen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß die Regierung bei der Abstimmung liegen werde.

## Der große Herriot

Wie „Matin“ mitteilt, macht Herriot 17 radikalen Abgeordneten ihr Verhalten in der Schuldenfrage zum Vorwurf und erklärt, daß er nicht mehr an den Beratungen der Kammerfraktion teilnehmen werde. Insofern nicht eine eingehende Untersuchung durchgeführt worden sei. Der Vorstand der Radikalen Partei soll sich grundsätzlich für diese Unterredung ausgesprochen haben.

Herriot wies u. a. dem Abgeordneten Bergery vor, beim englischen Botschafter Austin eingeholt zu haben, während die Ausprache in der Kammer bereits im Gange war. Seinen Kollegen habe Bergery einen irreführenden Bericht erstattet.

## Auslands-Rundschau

### Massenverhaftungen von Ukrainern.

Aus Ostgalizien sind Massenverhaftungen von Ukrainern gemeldet. In Lemberg, Wlodyka, Ternopol, Stanislaw, Przemysl und im östgalizischen Petroleumgebiet sind Angehörige der ukrainischen gebildeten Kreise, darunter auch sehr viele Studenten, festgenommen worden. Die politischen Regierungsstellen verurteilen die Verhaftungen als unbedeutende Kollektion hingerichtet.

### Spanische Amnestievorlage abgelehnt.

Das Cortes haben eine Amnestievorlage, die sämtliche vor dem 14. Juli dieses Jahres fiegenden politischen und sozialen Vergehen umfaßt sollte, verworfen, ebenso einen von argentinischer Seite gestellten Antrag, wonach die auf Grund der Aufstandsbewegung vom 10. August verbannten Personen wieder nach Spanien hereinzulassen sind.

### Direkte Beilegung des englisch-perisichen Konflikts?

Sowohl „Daily Telegraph“ wie „Morning Post“ berichten übereinstimmend aus Genf, in horigen internationalen Kreisen sei man der Ansicht, daß Berlin versuchen werde, sich mit Großbritanien über den Petroleumstreit zu verständigen, bevor die Frage am 23. Januar vor den 288er-Bunderrat kommt.

### Verrücken Tschinghualangs?

Japanischen Meldungen zufolge sind drei Brigaden der Armee des Generals Tschinghualang nach Nepal vorgeschoben und eine vierte Brigade aus Tientsin in Schanhaihafen stationiert worden. Das japanische Kriegsministerium erklärt hierzu, es beobachte die Lage aufmerksam, halte aber Gegenmaßnahmen einhalten nicht für erforderlich.

### Kleine politische Meldungen

Beendigung des Dostarbeiterstreiks in Le Havre. Die Dostarbeiter von Le Havre haben nach längerer Arbeit die Arbeit wieder aufgenommen.

Personalaminderung des spanischen Heeres. Das spanische Heer wird 7773 Offiziere zählen. Die Offiziersbeihilfen verteilen sich auf die Einzelmessungen wie folgt: 59 687 Infanteristen, 7357 Kavalleristen, 23 026 Artilleristen und 3839 Flieger.





tung angetreten, sie muß aber in der einmal eingeleiteten Richtung durchgeführt werden. Fahrpläneberechnungen sind innerhalb der Geltungsdauer beliebig oft und beliebig lange zulässig. Eine Ausdrucksform (2) -Wagen leben - Salverberg - Berniergöb - Alsenburg - Bad Salzbrunn - Goslar - Herzberg - Nordhausen - Berga-Gebra - Zangerhausen - Gießen - Halle (S) (35 Kilometer) kostet beispielsweise in der Klasse 10,40 M., in der 3. Klasse 10,40 M., während es aus den Anlaufstellen zu ersehen und durch Nachstufung an den Fahrplänenaltern zu ersehen.

**40 Jahre Bund Deutscher Kaninchenzüchter.**  
Am 27. Dezember 1932 sind 40 Jahre verfloßen, seit der Bund Deutscher Kaninchenzüchter e. V. (Reichsverband) e. o. r. gegründet wurde. Kürzlich wurde das fünfzigjährige Mitglied in die Vereinsliste eingetragen. Der B.D.Z. hat in den vier Jahrzehnten die Züchtung des Kaninchens durch Gründung eines Prüfungsausschusses für Prüfungen die große Anzahl der Fragen, der Fütterung, Vererbung, Züchtung und Rassenforschung in Angriff genommen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kaninchenzucht für die Fleisch- und Fellezeugung wurde frühzeitig erkannt. Die Felleinfuhr aus dem Ausland soll durch planmäßige Steigerung der Fellezeugung aus deutschen Jagden überflüssig gemacht werden.

Aus Anlaß des 40 jährigen Bestehens veranlaßte der B.D.Z. am 21. und 22. Januar 1933 in Leipzig ein Part Meßabend für 40 Bundesräte, die von Bayern aus allen Teilen Deutschlands mit Tieren besetzt wird.

### Neues aus aller Welt

**Die Stimme des Gewissens.** Anfang dieses Monats war ein Mann namens Willi Waldheim in seiner Wohnung in der Menner Straße in Berlin durch Gas vergiftet aufgefunden worden. Da man Selbstmord annahm, wurde die Leiche zur Bestattung freigegeben. Jetzt erhebt die Gerechtigkeit des Verstorbenen bei der Kriminalpolizei und gestand, den Gashahn des Schlafzimmers geöffnet zu haben, als ihr Mann betrunken hereingetreten war und sich zu Bett gelegt hatte.

**Nach Italien geschickt.** Wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, halten sich die Mitglieder des Reichsverbandes in Italien auf. Wahrscheinlich wird von Deutschland die Auslieferung der Geflügelzucht beantragt werden. Die Abdattung der Leiche hat ergeben, daß Jentsch von drei Kugeln getroffen wurde, von denen eine beim Durchgang durch die Lunge die Arterie aufriß und so den Tod herbeiführte.

**Motorprüfe ins Wasser gestürzt.** — Ein Laster. Die Motorprüfe der Freibühnen Feuerwehr in Stodach (Baden) geriet auf dem Wege zu einer Brandstätte in Wühlungen infolge Glatteis ins Gleiten und füllte in den bei folgte die Anhebung des St. und des Untermotors. Am gleichen Tage fand Amtsgericht Richter das Urteil im Strafverfahren. Leo und Willy Elstner erhielten je vier Jahre Zuchthaus.

Die Gegenstände in der Reichs- und Preußenpolitik führen im Juli in der Wölkung von Braun und Seering. Einmal hier letzte die Reichsregierung Reichsminister ein. Preußens Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung gegen die kommunizierende Verwaltung wurde vom Staatsgerichtshof abgewiesen. In Lausanne kam es am 8. Juni zur Einigung in der Reparationsfrage. Als Schlussantrag wurden 3 Milliarden festgesetzt. Die deutsche Flottenmarine und mit ihr das deutsche Volk hatte mit dem Untergang des Segelfregatten „Albatros“ in der Dniep, wo bei 69 blühende Menschenleben vernichtet wurden, einen schweren Verlust zu beklagen. Ein jähes Ende nahm der schiffliche Schicksal, der bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückte.

**Der am 31. Juli neugeborene Reichstag** trat im August zu seiner ersten Sitzung zusammen, die von Clara Zetkin eröffnet wurde, und in der Abgeordneter Göring (Nat. Soz.) zum Präsidenten gewählt wurde. Vorher war bereits die Antirevolutionäre Bewegung unterdrückt. Die Reichsregierung, füllte das Reichsgericht mit 110 Urteilen gegen SA-Leute. Die Überführung des fünfintendanten Fleisch-Berlin und der Brauchische Bade-Erlass zeigen, daß auch in kultureller Beziehung ein neuer Kurs eingeschlagen wurde. Dellehrer betete seine ehemaligen Bundeskanzler Seyd ein und kurz darauf auf Söder zur letzten Ruhe. Professor Piccard richtete mit seinem zweiten Stratosphärenflug, bei dem er eine Höhe von 16.000 Metern erreichte, die Aufmerksamkeit der Welt auf die wissenschaftliche Forschung.

Im den alten Regierung für ihre Arbeiten Bahn zu schaffen, gab der Reichstag im September die Reichsminister Vollmacht zur Auflösung des Reichstags, nachdem eine im Vormonat stattgefundene Unterredung Hindenburgs mit Hitler über die Frage der Adreinitumbildung ergebnislos verlaufen war. Die Auflösung erfolgte am 12. September und ereigte infolgedessen Aufsehen, als der Reichstagsleiter seine Möglichkeit, die Aufstufungsorder vorzulegen. Am gleichen Monat raffte der Tod mit dem Maler Max Slevogt einen der bestauntesten deutschen Künstler hin.

In Ergänzung zur Bodenverordnung erging Anfang Oktober der Brauchische 3. und 4. Erlass. Der Konflikt Reich-Preußen bildete den Gegenstand des kläglichen Prozesses vor dem Staatsgerichtshof, der in seinem Urteil eine Gemaltenleitung zwischen der Regierung Braun und den Reichsministerien empfahl. Einen für Deutschland peinlichen Abstrich fand der Fall des „Reinheiter“ Da u n a m a n, der als ein und kurz darauf auf Söder zur letzten Ruhe. Professor Piccard richtete mit seinem zweiten Stratosphärenflug, bei dem er eine Höhe von 16.000 Metern erreichte, die Aufmerksamkeit der Welt auf die wissenschaftliche Forschung.

Am ersten November-Sonntag wurde die zweite Reichstagswahl durchgeführt. Ihr Ergebnis führte zum Rücktritt des Kabinetts Papen. Abermals verbandelte der Reichspräsident mit Hitler über die Regierungsumbildung. Jedoch kam es zu keiner Einigung, da Hitler sich nur für ein Reichskabinett unter seiner Führung zur Verfügung stellen wollte, was Hindenburg ablehnte. Der amerikanische Präsidentenwahlkampf endete zu Gunsten Roosevelts. Aus den unpolitischen Geschehnissen sind der Berliner Verkehrsstreik und die Verleihung des Nobelpreises für Literatur an den englischen Schriftsteller Galsworthy zu erwähnen. Die Erträge der Berliner Sängerin Gertrud Hindernagel, die von ihrem Mann niedergebissen worden war, fand mit dem Ableben der großen Künstlerin ein trauriges Ende.

Am letzten Monat des Jahres kam das Kabinett von Schleicher ins Amt. Am 6. Dezember trat der neue Reichstag zusammen, der aus dem den nationalsozialistischen Abgeordneten Göring zum Präsidenten des Hauses wählte. Kurz vor Weihnachten ereigneten sich mehrere schwere Eisenbahnkatastrophen, die eine große Anzahl Todesopfer forderten.

sehen Staatsangehörigkeit verbunden war, möglich geworden. Mit dem 20. März legten die Goethe-Gedächtnisten ein, die hier über das ganze Jahr erstreckt. Zu gleicher Zeit erließen die zwei Reichsminister, die die ganze Welt befruchteten: An Paris löste sich Dr. Krueger, der Chef des größten Zündholzfabrikanten der Welt. Nachträglich ergab sich, daß er Millionen-Betrügerinnen begangen habe. Aus Amerika wurde der Selbstmord des Millionärs Colman des Leiters der Reichsministerien bekannt. Am 22. April schritten die preußischen Richter ahermal zur Urne, um den Preußischen Landtag neu zu wählen. Die Nationalsozialisten wurden mit 162 Mandaten die stärkste Fraktion, während das Kabinett Braun keine Mehrheit verlor. — Die Reihe der Unglücke wurde durch die Grubenkatastrophe auf diese Dorfstadt vernehmlich. Durch Bruch der Förderseile kamen fünf Bergleute ums Leben. Am 15. April wurde Wilhelm Buchs 100. Geburtstag gefeiert. Am 23. April erhielten der Kaiser Iraschil und der Dresdener Rechtsanwalt Dr. Türl ihren Freipruch von der Anklage, die Kaiserin selbständig betrogen zu haben, die einen Verlust von 70 bis 75 Millionen zum Nachteil der Kaiserin erlitten.

Der Mai verzeichnete als größeres Ereignis das Referendum über den neuen Reichspräsidenten der französischen Republik. Doumer, der seinen Würder Gorguloff seine Ta mit dem Tode bissen mußte. Schon am 10. Mai half Gorguloff dem Erben des französischen Präsidenten an, der er das Opfer eines politischen Anfalls wurde der japanische Ministerpräsident Arai, der von der terroristischen Offiziersorganisation „Schwarzer Drache“ erschossen wurde. Die Sitzungstage des Reichstages und des Preußenlandtages waren wenig ruhmvoll in der Geschichte des Parlamentarismus. Im Reichsministeramt kam es zu einer Schließung, zwischen dem Kapitänleutnant a. D. Krog, dem Herausgeber der Rhein-Briefe, und einigen nationalsozialistischen Abgeordneten. Einen Tag nach Konstitution kam es im Reichsparlament zu einer besonders schweren Schlägerei zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Der bekannteste parteipolitische Abgeordnete Geheimrat Wilhelm Kahl wurde, noch ehe er sein Lebensretter, die Strafrechtsreform vollenden konnte, durch den Tod aus einem arbeitsreichen Leben abgerufen. Ein scharper Tag der Schiffahrt war der 16. Mai, an dem der französische Passagierdampfer „Georges Philppart“ im Golf von Athen in Brand geriet. 52 Menschen kamen dabei ums Leben.

Einmal hier letzte die Reichsregierung Reichsminister ein. Preußens Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung gegen die kommunizierende Verwaltung wurde vom Staatsgerichtshof abgewiesen. In Lausanne kam es am 8. Juni zur Einigung in der Reparationsfrage. Als Schlussantrag wurden 3 Milliarden festgesetzt. Die deutsche Flottenmarine und mit ihr das deutsche Volk hatte mit dem Untergang des Segelfregatten „Albatros“ in der Dniep, wo bei 69 blühende Menschenleben vernichtet wurden, einen schweren Verlust zu beklagen. Ein jähes Ende nahm der schiffliche Schicksal, der bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückte.

Der am 31. Juli neugeborene Reichstag trat im August zu seiner ersten Sitzung zusammen, die von Clara Zetkin eröffnet wurde, und in der Abgeordneter Göring (Nat. Soz.) zum Präsidenten gewählt wurde. Vorher war bereits die Antirevolutionäre Bewegung unterdrückt. Die Reichsregierung, füllte das Reichsgericht mit 110 Urteilen gegen SA-Leute. Die Überführung des fünfintendanten Fleisch-Berlin und der Brauchische Bade-Erlass zeigen, daß auch in kultureller Beziehung ein neuer Kurs eingeschlagen wurde. Dellehrer betete seine ehemaligen Bundeskanzler Seyd ein und kurz darauf auf Söder zur letzten Ruhe. Professor Piccard richtete mit seinem zweiten Stratosphärenflug, bei dem er eine Höhe von 16.000 Metern erreichte, die Aufmerksamkeit der Welt auf die wissenschaftliche Forschung.

Im den alten Regierung für ihre Arbeiten Bahn zu schaffen, gab der Reichstag im September die Reichsminister Vollmacht zur Auflösung des Reichstags, nachdem eine im Vormonat stattgefundene Unterredung Hindenburgs mit Hitler über die Frage der Adreinitumbildung ergebnislos verlaufen war. Die Auflösung erfolgte am 12. September und ereigte infolgedessen Aufsehen, als der Reichstagsleiter seine Möglichkeit, die Aufstufungsorder vorzulegen. Am gleichen Monat raffte der Tod mit dem Maler Max Slevogt einen der bestauntesten deutschen Künstler hin.

In Ergänzung zur Bodenverordnung erging Anfang Oktober der Brauchische 3. und 4. Erlass. Der Konflikt Reich-Preußen bildete den Gegenstand des kläglichen Prozesses vor dem Staatsgerichtshof, der in seinem Urteil eine Gemaltenleitung zwischen der Regierung Braun und den Reichsministerien empfahl. Einen für Deutschland peinlichen Abstrich fand der Fall des „Reinheiter“ Da u n a m a n, der als ein und kurz darauf auf Söder zur letzten Ruhe. Professor Piccard richtete mit seinem zweiten Stratosphärenflug, bei dem er eine Höhe von 16.000 Metern erreichte, die Aufmerksamkeit der Welt auf die wissenschaftliche Forschung.

Am ersten November-Sonntag wurde die zweite Reichstagswahl durchgeführt. Ihr Ergebnis führte zum Rücktritt des Kabinetts Papen. Abermals verbandelte der Reichspräsident mit Hitler über die Regierungsumbildung. Jedoch kam es zu keiner Einigung, da Hitler sich nur für ein Reichskabinett unter seiner Führung zur Verfügung stellen wollte, was Hindenburg ablehnte. Der amerikanische Präsidentenwahlkampf endete zu Gunsten Roosevelts. Aus den unpolitischen Geschehnissen sind der Berliner Verkehrsstreik und die Verleihung des Nobelpreises für Literatur an den englischen Schriftsteller Galsworthy zu erwähnen. Die Erträge der Berliner Sängerin Gertrud Hindernagel, die von ihrem Mann niedergebissen worden war, fand mit dem Ableben der großen Künstlerin ein trauriges Ende.

Am letzten Monat des Jahres kam das Kabinett von Schleicher ins Amt. Am 6. Dezember trat der neue Reichstag zusammen, der aus dem den nationalsozialistischen Abgeordneten Göring zum Präsidenten des Hauses wählte. Kurz vor Weihnachten ereigneten sich mehrere schwere Eisenbahnkatastrophen, die eine große Anzahl Todesopfer forderten.

### Alle Silvesterbrüche

#### Stierlingen — Heiligdreifaltigkeit — Mehl- und Kuchenfesten.

Unter den alten Volksbräuchen, die sich trotz Fortschritt und Technik heute noch erhalten haben, gibt es auch mancherlei Silvesterbräuche, die man in den verschiedensten Gegenden kennen lernen kann.

Ein politisch bedeutender Monat war der April. Am 10. April wurde Hindenburg mit etwa 53 o. v. h. der abgegebenen Stimmen zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Vier Tage darauf gab er seine Unterstützung zum Verbot der SA- und SS-Gruppen durch den Reichspräsidenten. Am 22. April schritten die preußischen Richter ahermal zur Urne, um den Preußischen Landtag neu zu wählen. Die Nationalsozialisten wurden mit 162 Mandaten die stärkste Fraktion, während das Kabinett Braun keine Mehrheit verlor. — Die Reihe der Unglücke wurde durch die Grubenkatastrophe auf diese Dorfstadt vernehmlich. Durch Bruch der Förderseile kamen fünf Bergleute ums Leben. Am 15. April wurde Wilhelm Buchs 100. Geburtstag gefeiert. Am 23. April erhielten der Kaiser Iraschil und der Dresdener Rechtsanwalt Dr. Türl ihren Freipruch von der Anklage, die Kaiserin selbständig betrogen zu haben, die einen Verlust von 70 bis 75 Millionen zum Nachteil der Kaiserin erlitten.

Der Mai verzeichnete als größeres Ereignis das Referendum über den neuen Reichspräsidenten der französischen Republik. Doumer, der seinen Würder Gorguloff seine Ta mit dem Tode bissen mußte. Schon am 10. Mai half Gorguloff dem Erben des französischen Präsidenten an, der er das Opfer eines politischen Anfalls wurde der japanische Ministerpräsident Arai, der von der terroristischen Offiziersorganisation „Schwarzer Drache“ erschossen wurde. Die Sitzungstage des Reichstages und des Preußenlandtages waren wenig ruhmvoll in der Geschichte des Parlamentarismus. Im Reichsministeramt kam es zu einer Schließung, zwischen dem Kapitänleutnant a. D. Krog, dem Herausgeber der Rhein-Briefe, und einigen nationalsozialistischen Abgeordneten. Einen Tag nach Konstitution kam es im Reichsparlament zu einer besonders schweren Schlägerei zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Der bekannteste parteipolitische Abgeordnete Geheimrat Wilhelm Kahl wurde, noch ehe er sein Lebensretter, die Strafrechtsreform vollenden konnte, durch den Tod aus einem arbeitsreichen Leben abgerufen. Ein scharper Tag der Schiffahrt war der 16. Mai, an dem der französische Passagierdampfer „Georges Philppart“ im Golf von Athen in Brand geriet. 52 Menschen kamen dabei ums Leben.

Einmal hier letzte die Reichsregierung Reichsminister ein. Preußens Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung gegen die kommunizierende Verwaltung wurde vom Staatsgerichtshof abgewiesen. In Lausanne kam es am 8. Juni zur Einigung in der Reparationsfrage. Als Schlussantrag wurden 3 Milliarden festgesetzt. Die deutsche Flottenmarine und mit ihr das deutsche Volk hatte mit dem Untergang des Segelfregatten „Albatros“ in der Dniep, wo bei 69 blühende Menschenleben vernichtet wurden, einen schweren Verlust zu beklagen. Ein jähes Ende nahm der schiffliche Schicksal, der bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückte.

Der am 31. Juli neugeborene Reichstag trat im August zu seiner ersten Sitzung zusammen, die von Clara Zetkin eröffnet wurde, und in der Abgeordneter Göring (Nat. Soz.) zum Präsidenten gewählt wurde. Vorher war bereits die Antirevolutionäre Bewegung unterdrückt. Die Reichsregierung, füllte das Reichsgericht mit 110 Urteilen gegen SA-Leute. Die Überführung des fünfintendanten Fleisch-Berlin und der Brauchische Bade-Erlass zeigen, daß auch in kultureller Beziehung ein neuer Kurs eingeschlagen wurde. Dellehrer betete seine ehemaligen Bundeskanzler Seyd ein und kurz darauf auf Söder zur letzten Ruhe. Professor Piccard richtete mit seinem zweiten Stratosphärenflug, bei dem er eine Höhe von 16.000 Metern erreichte, die Aufmerksamkeit der Welt auf die wissenschaftliche Forschung.

Im den alten Regierung für ihre Arbeiten Bahn zu schaffen, gab der Reichstag im September die Reichsminister Vollmacht zur Auflösung des Reichstags, nachdem eine im Vormonat stattgefundene Unterredung Hindenburgs mit Hitler über die Frage der Adreinitumbildung ergebnislos verlaufen war. Die Auflösung erfolgte am 12. September und ereigte infolgedessen Aufsehen, als der Reichstagsleiter seine Möglichkeit, die Aufstufungsorder vorzulegen. Am gleichen Monat raffte der Tod mit dem Maler Max Slevogt einen der bestauntesten deutschen Künstler hin.

In Ergänzung zur Bodenverordnung erging Anfang Oktober der Brauchische 3. und 4. Erlass. Der Konflikt Reich-Preußen bildete den Gegenstand des kläglichen Prozesses vor dem Staatsgerichtshof, der in seinem Urteil eine Gemaltenleitung zwischen der Regierung Braun und den Reichsministerien empfahl. Einen für Deutschland peinlichen Abstrich fand der Fall des „Reinheiter“ Da u n a m a n, der als ein und kurz darauf auf Söder zur letzten Ruhe. Professor Piccard richtete mit seinem zweiten Stratosphärenflug, bei dem er eine Höhe von 16.000 Metern erreichte, die Aufmerksamkeit der Welt auf die wissenschaftliche Forschung.

Am ersten November-Sonntag wurde die zweite Reichstagswahl durchgeführt. Ihr Ergebnis führte zum Rücktritt des Kabinetts Papen. Abermals verbandelte der Reichspräsident mit Hitler über die Regierungsumbildung. Jedoch kam es zu keiner Einigung, da Hitler sich nur für ein Reichskabinett unter seiner Führung zur Verfügung stellen wollte, was Hindenburg ablehnte. Der amerikanische Präsidentenwahlkampf endete zu Gunsten Roosevelts. Aus den unpolitischen Geschehnissen sind der Berliner Verkehrsstreik und die Verleihung des Nobelpreises für Literatur an den englischen Schriftsteller Galsworthy zu erwähnen. Die Erträge der Berliner Sängerin Gertrud Hindernagel, die von ihrem Mann niedergebissen worden war, fand mit dem Ableben der großen Künstlerin ein trauriges Ende.

Am letzten Monat des Jahres kam das Kabinett von Schleicher ins Amt. Am 6. Dezember trat der neue Reichstag zusammen, der aus dem den nationalsozialistischen Abgeordneten Göring zum Präsidenten des Hauses wählte. Kurz vor Weihnachten ereigneten sich mehrere schwere Eisenbahnkatastrophen, die eine große Anzahl Todesopfer forderten.

Am letzten Monat des Jahres kam das Kabinett von Schleicher ins Amt. Am 6. Dezember trat der neue Reichstag zusammen, der aus dem den nationalsozialistischen Abgeordneten Göring zum Präsidenten des Hauses wählte. Kurz vor Weihnachten ereigneten sich mehrere schwere Eisenbahnkatastrophen, die eine große Anzahl Todesopfer forderten.

### Kirchliche Nachrichten

#### Silvester, den 31. Dezember.

6 Uhr abends: Jahresabschlussgottesdienst im Gemeindehaus. Anschließend Weisheit und H. Abendmahl. Anm. vorher erb.

**Neujahr, Sonntag, den 1. Januar 1933.**  
Sonntagssprache: Verlass dich auf den Herrn von ganzem Herzen und verlass dich nicht auf deinen Verstand. — Eprüche 3, 5

**10 Uhr: Hauptgottesdienst im Gemeindehaus.** (Pred. H. Gehr, 18. 8.)  
Weisheit: Sprichst du Malenbald in Jerusalem.

**12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Welt, im Gemeindehaus.**  
**2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Welt, im Gemeindehaus.**

**4 Uhr, abends 8 Uhr: Weisheit im Gemeindehaus.**  
Donnerstag, 2. 1., abends 8 Uhr: Weisheit im Gemeindehaus.  
Freitag, 3. 1., abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindehaus.

Getauft wurden am 25. Dezember Karl Heinz Schreiber, Gertraud Gerber, Gerhard Kurt Wolfenbald.



# Nebräer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl, Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebrä: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Ww. Weig), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrä — Bankverein Artern.

Nr 156

Sonnabend, den 31. Dezember 1932

45. Jahrgang



## Nachfülle des Reichspräsidenten

Ein Aufsatz des Reichspräsidenten L. R. Dr. W. Simons.  
Berlin, 29. Dezember.  
Reichspräsident L. R. Dr. Simons beschäftigt sich in einer Juristenzeitschrift mit dem seit geraumer Zeit hervorgeratene Wandel in der Stellung des Reichspräsidenten. Aus dem „Hüter der Verfassung“, als der er neuerdings gerne bezeichnet werde, sei er zum Reformator der Verfassung geworden. Man brauche nur den Schriftwechsel zwischen Hüter und dem Staatsrechtler Dr. Weisner aufmerksam zu lesen, um die Richtung zu erkennen, in der die Präzedenzfall des Reichs sich heute von der Weimarer Konstitution zu entfernen strebe.  
Dr. Simons weist eingehend nach, daß der Einfluß des Parlaments auf die Regierung in der Praxis die verfassungsmäßigen Grenzen weit überschritten habe und daß eine Rückkehr zu den Grundzügen der geltenden Verfassung nötig ist. Die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament habe sich nun in den letzten 13 Jahren als das größte Hindernis einer stetigen und traustollen Reichspolitik herausgestellt.

## DRP zur deutschen Handelspolitik

In der letzten Vorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei wurden die Forderungen, die die Partei auf dem Gebiete der Handelspolitik erhebt, eine wie folgt zusammengefaßt: Deutschland ist, um seine gewaltigen Auslandsquellen von über zwanzig Milliarden Mark abzuholen zu können, gezwungen, einen Ausfuhrüberschuß herauszuschöpfen. Die durch den Export erworbenen Devisen müssen in erster Linie zur Deckung der notwendigen Rohstoffeinfuhr für die Industrie Verwendung finden. Erst in zweiter Linie können die nicht notwendigen Einfuhrbedürfnisse befriedigt werden. Die Katastrophe der deutschen Landwirtschaft verlangt geteilterweise eine Verringerung der Einfuhr solcher Lebensmittel, die Deutschland selbst erzeugen kann. Die mengenmäßige Regelung der Einfuhr aus den einzelnen Bezugsländern ist das einzige System, das zur Zeit wirkliche Rettungsmöglichkeiten bietet. Die Konjunkturpolitik gestaltet es auch, die einzelnen Länder in dem Maße verschoben zu behandeln, das ihrer Bedeutung als Kunden Deutschlands entspricht.  
Trotz der Regelung des Außenhandels aber bleibt unvollkommen, wenn die Last der Abgaben nicht durch ein Schuldenerlösnis der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt wird.

begrüßt. Haas hebt die günstigen Ergebnisse hervor, die erzielt wurden, und erklärt, man habe eine Atmosphäre guten Einvernehmens auf nationalökonomischem Gebiet zwischen den beiden Ländern geschaffen. Der offizielle „Paris Barisien“ schreibt, daß die neue Regelung Frankreich einen realen Nutzen bringe. Die französische Wirtschaft müßte von dem Wert des Handelsministers beirätigt sein. „Ercellior“ spricht von einer gerechten und vernünftigen Basis des neuen Abkommens, das im wesentlichen den französischen Forderungen Rechnung trage. „Ech d e Paris“ ist etwas zurückhaltender, will aber einen gewissen Fortschritt nicht in Abrede stellen.

## Das Zusatzabkommen mit Paris

Die deutsch-französischen Handelsvereinbarungen.  
Berlin, 30. Dezember.  
Von zuständiger Stelle wird zu dem im Auswärtigen Amt unterzeichneten neuen deutsch-französischen Handelsvereinbarungen über das Zusatzabkommen zum Haas' svertrage, das im Mittelpunkt der Vereinbarungen steht, a. mitgeteilt:  
Die ersten vier Artikel dieses Abkommens regeln die Frage der Meißelbegünstigung. Praktisch ist die gegenseitige Meißelbegünstigung voll aufrecht erhalten worden.  
Die gegenseitige meißelbegünstigten Waren sind in zwei Listen enthalten, die dem Abkommen beigefügt sind. Es ist vereinbart worden, daß die beiden politischen Listen auch später noch auf Wunsch eines der Vertragspartner ergänzt werden können.  
Der wichtigste Artikel des Abkommens ist dann der Artikel fünf, der die Bestimmungen über die Ausfuhrung der Zerkantlagen des Handelsvertrages enthält. Die neue Regelung ist so, daß zwar die Listen des alten Abkommens aufrecht erhalten bleiben und keine Veränderung der Höhe festgelegt ist, aber jedem Vertragspartner ist jetzt die Möglichkeit gegeben, einzelne oder mehrere Positionen mit vierzehntägiger Frist aufzukündigen. Diese Aufkündigung darf jedoch nicht willkürlich erfolgen, sondern es ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß der betreffende Vertragspartner Verhandlungen beantragen kann, wenn er glaubt, daß durch die Kündigungen das Gleichgewicht verschoben worden ist. Bei diesen Verhandlungen sollen dann auch die Gegenmaßnahmen des betroffenen Vertragspartners erörtert werden.

## Senat und Fünfmilliardenforderung

Im französischen Senat wurde die Forderung der Regierung auf Ausgabe neuer Schatzbons in Höhe von fünf Milliarden Francs diskutiert. In der Presse und in parlamentarischen Kreisen wird erörtert, ob die Regierung in dieser Senatsitzung auf derartige Schwierigkeiten stehen könnte, daß ihr Bestand gefährdet sei.

Als Grund für derartige Befürchtungen wird der Befehl des Finanzministeriums des Senats angesehen, wonach neue Schatzbons nicht — wie geordert — in Höhe von fünf sondern nur von drei Milliarden zugelassen werden sollen.

Finanzminister Chéron hat bereits angekündigt, daß die Regierung wegen der Bewilligung der fünf Milliarden die Vertrauensfrage stellen werde. In parlamentarischen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß die Regierung bei der Abstimmung liegen werde.

## Die Durchführung der Arbeitsbeschaffung

Unterredung mit Dr. Gerete.  
Berlin, 30. Dezember.  
Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete, äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter eines Nachrichtenbüros über die Arbeitsbeschaffung. Dr. Gerete verwies dabei auf die vielen Anfragen, die täglich in seinem Büro eingingen, und die die Arbeitler nur lächelten. Zunächst seien Vorfälle zu klären. Bis das geldeherf. sei, würden die Maßnahmen bekannt sein, nach denen das weitere Verfahren durchzuführen werden würde. Bekannt sei, daß das Sofortprogramm zunächst 500 Millionen RM umfasse.  
Für ihre Vergebung gelte, daß an Private keine Kredite gegeben werden sollen, während es sich doch um eine Arbeitsbeschaffung durch die Glieder der öffentlichen Hand die Auftragserteilung an die private Wirtschaft erfolge zu vollem Tariflohn für den Arbeiter und zu gerechtem Preis für den Unternehmer. Ein besonderer Vorteil bestele in der Barzahlung und, wo irgend möglich und notwendig, auch in den entsprechenden Anzahlungen.  
Als besondere Bedingung erwähnte Dr. Gerete, das Überbereitschaften des Voranschlags vom Unternehmer selbst getragen werden müssen; Nachbefragungen sind also ausgeschlossen.

## Im Artikel sechs des Zusatzabkommens sind die Ausnahmen von der Meißelbegünstigung neu geregelt.

Der Artikel enthält außer den alten Bestimmungen über den sogenannten kleinen Grenzverkehr auch eine Währungsleistungsklausel, wonach bei einer Verdrängung der Währung des einen Teils gegenüber demjenigen des anderen Teils um mehr als zehn Prozent Zollaufschläge erhoben werden können. Ferner enthält der Artikel sechs Bestimmungen über die Bezugnahme auf die Abmachungen der Konferenz von Stresa, denen zufolge die auf die Konferenz vereinbarten Zollvergünstigungen nicht ohne weiteres auf die Vertragspartner Anwendung finden. Artikel sieben regelt die Frage der Wiederabfuhr, und Artikel acht legt die Gleichstellung der Ursprungszeugnisse der Handelskammern mit denen der Landwirtschaftskammern fest. In dem deutsch-französischen Notenwechsel bezüglich der wirtschaftlichen Regelung im Saargebiet wurde ein deutsches Ausfuhrkontingent von hundert Tonnen Zinkerteile festgelegt. Schließlich wurde noch ein sogenanntes Devisenabkommen unterzeichnet, das den üblichen Inhalt über die Bezahlung der Waren der Vertragspartner hat und nach dem Mutter des deutsch-schwedischen Devisenabkommens gefaßt ist.

## Der große Herriot

Wie „Matin“ mitteilt, macht Herriot 17 radikalen Abstriche zum Besten der Beratungen. Herriot plange nicht eine, sondern zwei. Der Radikalismus für diese Bergern vor, jedoch zu haben, bereits im Gange den irreführenden



Chau  
inern.  
den von Ukrain  
kanien, Sargam  
gehörte der ukra  
die Studenten, fest  
tragsteil versuchen  
hinzuwickeln.  
elehnt.  
sämtliche vor dem  
lozialen Vergehen  
rarcher Seite ge  
habsbewegung vom  
Spanien hereinzu  
den Konflikts?  
„die Welt“ beruhen  
übernehmend aus Gen, in dortigen internationalen Kreisen sei  
man der Ansicht, daß Versen verlaufen werde, sich mit Großbrit  
annien über den Petroleumstreit zu verständigen, bevor die Frage  
am 23. Januar vor den Völkern der Welt kommt.

## Reichsbürgerschaft für Hausbesitzer-Kredite

Berlin, 30. Dezember.  
Am dem Hausbesitz die Ausbringung der notwendigen eigenen Mittel zu erleichtern, die erforderlich sind, wenn Reichsbürgerschaft für Anleiheausgaben an Wohnungsbauer und für die Teilung von Wohnungen beantragt werden, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen getroffen. Die Deutsche Bau- und Bodenbank-Berlin hat sich bereit erklärt, Kredit auf der Grundlage der dem Hausbesitz zukommenden Steuerbefreiung für die Grundsteuer zu geben, soweit die Steuerbefreiung am 1. April 1934 und am 1. April 1935 fällig werden. Zur Durchführung der Kreditaktion hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die Reichsbürgerschaft übernommen.  
Der Kredit wird dem Hausbesitzer unmittelbar durch geeignete örtliche Kreditinstitute gegeben werden, die insofern mit der Bau- und Bodenbank zusammenarbeiten. Daneben ist die bereits vor einigen Monaten eingeleitete Kreditbeschaffung auf der Grundlage von Anleiheausgaben durch weitere gefördert, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Anträgen von größeren Kreditinstituten auf Übernahme der Reichsbürgerschaft eintrudnen hat.

## Vorrieden Tschanghuellungs?

Japanischen Meldungen zufolge sind drei Brigaden der Armee des Generals Tschanghuellung nach Rebol vorgezogen und eine vierte Brigade aus Tientsin in Schanghai anholiert worden. Das japanische Kriegsministerium erklärt hierzu, es beobachte die Lage aufmerksam, halte aber Gegenmaßnahmen einflusslos nicht für erforderlich.

## Kleine politische Meldungen

Beendigung des Doderweilertreffens in Le Hague. Die Doderweilertreffens haben nach längerem Streit jetzt beschlossen, nimmere zu den alten Bedingungen die Arbeit wiederanzunehmen.  
Personalarminderung des spanischen Heeres. Das spanische Heer wird 773 Offiziere zählen. Die Effektivebestände verteilen sich auf die Einzelwaffenstellungen wie folgt: 59 037 Infanteristen, 7357 Kavalleristen, 23 026 Artilleristen und 3839 Jäger.